

exit!

KRISE UND KRITIK DER WARENGESELLSCHAFT

Heft 22/2025

Herausgegeben vom
Verein für kritische Gesellschaftswissenschaften e. V.

zu Klampen! 

exit! Krise und Kritik der Warengesellschaft
22. Jahrgang (2025), Heft 22

Herausgeber- und Redaktionsanschrift

Verein für kritische Gesellschaftswissenschaften e. V.
c/o Herbert Böttcher
Osterhausstr. 29
56072 Koblenz

Redaktion

Elisabeth Böttcher (Koblenz)
Thomas Meyer (Marburg)
Ralf Pieper (Bielefeld)
Roswitha Scholz (Fürth)
Johannes Voegelé (Paris)

Erscheinungsweise

Die exit! erscheint in der Regel einmal jährlich. Preis des Einzelheftes liegt zurzeit bei 25,- Euro [D]; Jahresabo Inland zurzeit pro Heft: 17,- Euro zzgl. Versandkosten (3,- Euro) [D]; Bezugspreis Ausland bitte erfragen. Berechnung jährlich bei Auslieferung des Heftes. Das Abonnement verlängert sich automatisch, wenn die Kündigung nicht bis zum 15.11. des jeweiligen Jahres erfolgt. Fragen zum Abonnement, zur Abbestellung oder -kündigung bitte an folgende Adresse:

Germinal GmbH,
Verlags- und Medienhandlung, Tel.: 0641/41700
Siemensstraße 16, Fax: 0641/943251
D-35463 Fernwald E-Mail: bestellservice@germinal.de

Satz

Germano Wallmann, Gronau, geisterwort.de

Umschlaggestaltung

Stefan Hilden, HildenDesign, München, hildendesign.de

Druck

CPI – Clausen & Bosse, Birkstr. 10, 25917 Leck, cpi-print.de

ISBN Printausgabe 978-3-98737-033-5
ISBN E-Book-PDF 978-3-98737-436-4
ISBN E-Book-EPUB 978-3-98737-437-1

© zu Klampen Verlag 2025
Röse 21, 31832 Springe, zuklampen.de
Bei Fragen zur Produktsicherheit wenden
Sie sich bitte an info@zuklampen.de.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.



Inhalt

Editorial 5

Robert Kurz Geisterfahrer der Geschichte 19

Tomasz Koniecz Krisenökonomie des deutschen Faschismus. Beobachtungen zur Wechselwirkung von ökonomischer Krisenentfaltung und der Faschisierung Deutschlands im 21. Jahrhundert 30

Herbert Böttcher Projektiver Antisemitismus, rohe Bürgerlichkeit und gesellschaftlicher Wahn. Eine Reflexion auf den Zusammenhang von Antisemitismus und Kapitalismus 50

Johannes Vogele Als die Rede über den Holocaust vom Klassenkampf ablenkte: Holocaust-Leugnung, traditioneller Marxismus und Ultralinke in Frankreich 86

Roswitha Scholz Intersektionalität und Diversität in der altlinken Sackgasse. Eine Auseinandersetzung mit den Ansätzen von Eleanora Roldán Mendívil/Bafta Sarbo und Karin Stögner 109

Thomas Meyer Demokratie versus Autokratie? 155

JustIn Monday Diskontinuität des Kolonialismus. Zu Geschichtsphilosophie und Realgeschichte von Post- und Dekolonialismus 181

Peter Schmitt Pseudoindividualität heute. Zur Aktualität der Dialektik der Aufklärung 211

Thomas Meyer Psychische Erkrankungen und Neurowissenschaft. Anmerkungen zur Naturalisierung der Gesellschaft 235

Editorial

Mit dem genozidalen Massaker von 7. Oktober 2023 durch die Hamas und der darauffolgenden antisemitischen globalen Hasswelle wurde deutlich, dass Juden nirgendwo mehr wirklich ihres Lebens sicher sein können. Dabei gehören die Hamas, die Hisbollah, das Mullah-Regime in Teheran zu den Erben des *eliminatorschen Antisemitismus* der Nazis.¹ Bereits 1947 brachte Simon Wiesenthal eine Broschüre heraus, die die Zusammenarbeit des Mufti von Jerusalem Mohammed Amin al-Husseini (der Mitglied der SS war) und seinen Schergen mit den Nazis bei der ›Endlösung der Judenfrage‹ dokumentiert.² Der Antisemitismus der Nazis zielte auf die Vernichtung der Juden. Wie Moishe Postone in seinem theoretisch wegweisenden Artikel *Antisemitismus und Nationalsozialismus*³ darlegte, war der Antisemitismus der Nazis verwurzelt in der Vorstellung eines auf ›schaffender Arbeit‹ beruhenden Kapitalismus. Die Juden wurden als ›Herren des Geldes‹, des sogenannten ›raffenden Kapitals‹, dämonisiert. Besonders deutlich wurde der er an Wahnbildern von einer ›jüdischen Weltverschwörung‹, ›von jüdischem Geld‹, das die Welt regiere, von ›jüdischem Intellekt‹, der fähig sei, die Welt hinterlistig und konspirativ den Juden zu unterwerfen.

Bis heute bleiben der Antisemitismus und wie er nach 1945 fortlebte von so vielen unverstanden, wird verharmlost oder er wird als solcher gar nicht erkannt. Seit dem 7. Oktober 2023 haben große Teile der antiimperialistischen/postkolonialen, antirassistischen und queeren Linken *endgültig* ihre politische Glaubwürdigkeit und moralische Integrität verloren.⁴ Sie sind nicht mal in der Lage den *antisemitischen*

¹ Vgl. Rössel, Karl: Mit Nazis gegen Juden – zur Tradition des eliminatorschen Antisemitismus in der islamischen Welt, jungle.world vom 11.1.2024.

² Grossmufti – Grossagent der Achse, Salzburg/Wien 1947.

³ Vgl. <https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/Postone,%20Nationalsozialismus%20und%20Antisemitismus.pdf>.

⁴ Eine Auswahl: Linfield, Susie: Der 7. Oktober und die linke Solidarität mit den Tätern, jungle.world vom 11.1.2024; Barreira, Marcos: In Brasilien gewinnt die traditionalistische Linke an Einfluss und fördert den Israelhass, jungle.world vom 29.2.2024; Konar, Kacper: Erstarkender Antisemitismus – Innenansichten aus der polnischen Linken, jungle.world vom 8.8.2024; Matteonie, Federica: In Italien rufen Studierende zur »studentischen Intifada« gegen Israel auf, jungle.world vom 23.5.2024; Thielen, Philipp: Antisemitismus in Frankreich – die Linke ist Teil des Problems, jungle.world vom 16.11.2023; Dreis, Ralf: Linke Demonstrationen am »Nakba-Tag« in Griechenland, jungle.world vom 30.5.2024.

Terror der Hamas auch nur klar zu benennen. Jene (akademischen) Aktivist:innen, die vorgeblich gegen Rassismus, Sexismus und Diskriminierungen jeder Art anzugehen versuchen, schließen Juden und/oder Israelis aus ihrer Solidarität aus. Die Hetze gegen Israel ist manchen >feministischen< Gruppen wichtiger als die Kritik sexualisierter Gewalt der Hamas.⁵ Juden werden in der Wahn-Welt der Postkolonialen als >privilegierte Weiße< imaginiert und Israel als >Kolonialstaat<. Antisemitismus wird nicht ernst genommen, sondern, wenn nicht schon explizit geleugnet, entschuldigt – schlussendlich seien die Juden bzw. die Israelis selbst schuld, an dem, was ihnen angetan wird. Der antisemitische Krieg gegen Israel wird de-realisiert, um Israel als das eigentliche eskalierende Monster hinstellen zu können, die Bedrohungslage und der Existenzkampf Israels werden verkannt, bis hin zu einer *Täter-Opfer-Umkehr*. Das zeigen nach wie vor die antisemitischen Demonstrationen, die alles andere als pro-palästinensisch sind, auf denen das genozidale Massaker vom 7. Oktober geleugnet, verharmlost oder *gefeiert* wird (so auch die Raketenangriffe der Hisbollah im Norden Israels seit dem 8. Oktober 2023⁶). Judith Butler, die Ikone oder eher die bekannteste Hohlfrötte der queeren Linken (die hier als exemplarisch für pseudolinke Intellektuelle herausgegriffen sei), für die die Hisbollah und die Hamas als Teil der globalen Linken gelten (genauso könnte man die stalinistischen Gulags als Verwirklichung eines »Verein[s] freier Menschen« (Marx) ansehen), bezeichnete das Ermorden von Juden (und arabischen Israelis sowie Gastarbeitern/-innen aus Thailand) als »Akt des bewaffneten Widerstandes«, zeigte sich skeptisch und verlangte nach Beweisen, dass tatsächlich während des antisemitischen Massakers sexualisierte Gewalt gegen Frauen stattfand; für Butler war der 7. Oktober noch nicht mal ein antisemitischer Angriff!⁷

Viel Hohn und Spott zogen die sog. Queers for Palestine auf sich.⁸ Der liberale Journalist Tobias Huch kommentierte den >Dyke-March< am 26. Juli in Berlin, dass solche dort demonstrierenden Leute im Gaza-Streifen unter der Hamas nicht überleben würden, man würde sie kurzerhand exekutieren!⁹ Caspar Shaller, der diesem Spott und Hohn im Jacobin-Magazin zu widersprechen strebte, verglich die queere >Solidarität< mit den Palästinensern allen Ernstes mit der Solidarität der Homosexuellen mit den Arbeiter/-innen, die in den 1980er Jahren gegen das neoliberale

⁵ Vgl. etwa: Frey, Lisa: »I love Hamas«, jungle.world vom 2.1.2025.

⁶ Sarah Maria Sander: Als die Hisbollah das Leben in Nordisrael zerstören wollte, 21.12.2024, <https://www.youtube.com/watch?v=tgLYp-BPSw8>.

⁷ Vgl. z. B. Illouz, Eva: How the Left Became a Politics of Hatred Against Jews, 15.3.2024, <https://k-larevue.com/en/illouz-butler/>.

⁸ Vgl. Stöver, Merle: Wer sind eigentlich die Queers for Palestine?, belltower.news vom 18.7.2024.

⁹ Queer-Demonstrant:innen fordern eigene Hinrichtung!, <https://www.youtube.com/watch?v=cUVLjWAcrJA>.

Thatcher-Regime demonstriert haben (wobei er anführt, dass »[i]slamistische Faschisten [...] mit ihrem misogynen Weltbild und ihrer teilweise[] [?] mörderischen Homophobie eindeutig keine politischen Verbündeten für Queers und Linke [sind]«). Der Vorwurf mancher, es werde zu wenig gegen die Hamas demonstriert, sei für ihn »dennoch absurd«. Die Hamas »ist bereits verteufelt«. Verteufelt bedeutet laut Duden so viel wie: etwas als böse, schlimm, schlecht, gefährlich hinstellen. Wird die Hamas für Shaller etwa übertrieben negativ dargestellt oder wie kam diese Wortwahl zustande? Die Hamas »gilt [...] als Terrororganisation« und schließlich werde die »israelische Kriegsführung [...] vom deutschen Staat finanziell, diplomatisch, juristisch, ideologisch und materiell mit Waffenlieferungen unterstützt« (jacobin.de vom 1.8.2024). Shaller kritisiert also die »deutsche Staatsräson« bezüglich Israel, die allerdings meist nur aus Sonntagsreden besteht! Kein Wort in dem Artikel darüber, dass die Hamas die palästinensische Bevölkerung als menschliche Schutzschilde benutzt und »Märtyrertum« in der islamistischen Ideologie explizit angestrebt wird!¹⁰

Für Konservative und Rechte insbesondere ist die pseudolinke Hamas-Solidarität, wie man sie auf den sog. pro-palästinensischen Demonstrationen (auf denen natürlich nicht die bedingungslose Kapitulation der Hamas und die sofortige Freilassung aller Geiseln gefordert wurden) und bei Universitätsbesetzungen sehen kann, natürlich ein gefundenes Fressen: Werden sie nicht darin bestätigt, was sie schon immer über Linke glauben gewusst zu haben, dass sie nichts weiter als ein Haufen Idioten seien? Angesichts der manichäischen Weltanschauung in diesen Kreisen (Mensch mit weißer Hautfarbe = Rassist, »Dritte-Welt-Mensch« = unschuldiges Opfer u. a.) wäre dieses Urteil in der Tat verständlich. Jens Balzer jedoch betont in seinem Buch *After Woke* (Berlin 2024), hier die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen: Denn Kritik des Rassismus und der Homophobie, des Patriarchats usw. bleiben im Angesicht eines global stattfindenden autoritären Gegenschlages¹¹ dennoch dringend notwendig und es käme hierbei entscheidend darauf an, auf die ursprünglichen Anliegen jener Bewegungen zurück zu kommen und diese *gegen* ihre heutigen Vertreter/-innen zu wenden! Aufgrund des Erstarkens rechtsextremer und religiös-fundamentalistischer Bewegungen, die allesamt antifeministisch und queerfeindlich sind¹², ist

¹⁰ Es gefriert einer/einem das Blut in den Adern, wenn man sich Statements wie dieses anschaut: <https://www.memri.org/tv/hamas-event-honoring-mothers-palestinian-terrorists-sacrifice-our-children-grandchildren>. Vgl. u. a. auch: <https://www.memri.org/reports/hamas-indoctrination-children-jihad-martyrdom-hatred-jews>.

¹¹ Vgl. Goetz, Judith; Mayer, Stefanie: Globalisierter Backlash – Queerfeindlichkeit und Antifeminismus verbinden autoritäre Bestrebungen weltweit, in: *iz3w* Nr. 401, *iz3w.org* vom 19.2.2024.

¹² Vgl. Kaiser, Susanne: *Politische Männlichkeit – Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobil machen*, Berlin 2020. Vgl. auch Wettig, Hannah: Komplimente von

es politisch dringend notwendig, sich jenen sog. Linken deutlich entgegen zu stellen, die den antisemitischen Terror verharmlosen, ihm zuarbeiten und bezüglich der Realität des islamistischen Faschismus nach wie vor unbelehrbar bleiben!

Durch Israelhass finden Antiimperialisten und Islamisten vermehrt zusammen.¹³ Solche pseudolinken Kollaborateure des Islamismus negieren damit alles, was einer *wirklichen* Linken stets lieb und teuer war! Der Antisemitismus ist wieder einmal *die* Querfront-Ideologie, die sonst verschiedenste Milieus zusammenführt. Hier können sich sog. Linke, Neonazis, Islamisten, Graue Wölfe und verrohende Bildungsbürger die rechte Hand reichen. Während bei >Linken< der Islamismus nach wie vor derealisiert wird, erscheint er manchen westlichen Nazis als *Inspiration*: Der katholisch-fundamentalistische AfD-Nazi und SS-Apologet Maximilian Kraus sagte in einem rechtsextremen Podcast, angesichts des bei Faschisten verhassten Pride Month, Folgendes: »Das Lustigste, was ich beim Pride Month erlebt habe, war 2021. Da hatte die US-Botschaft in Kabul ganz stolz den Pride Month ausgerufen. Es dauerte keine drei Wochen, bis die Taliban in Kabul eingerückt sind. Ich glaube, dass das die einzig richtige Antwort auf den Pride Month gewesen ist« (fr.de vom 2.8.2023). Selbstverständlich ist Kraus kein >Einzelfall<. In den Vereinigten Staaten etwa hegen White Supremacists sehnsüchtige Sympathien für die Taliban. Slavoj Žižek zitiert eine Untersuchung der SITE Intelligence Group »die die Online-Aktivitäten von White Supremacist-Gruppen und dschihadistischen Gruppen verfolgt [...] So heißt es beispielsweise in einem Zitat aus dem Telegramm-Kanal >Proud Boy to Fascist Pipeline<: >Diese Bauern und kaum ausgebildeten Männer haben gekämpft, um ihre Nation vom Globo-Homo zurückzuerobern. Sie holten sich ihre Regierung zurück, setzten ihre nationale Religion als Recht ein und richteten Andersdenkende hin. Wenn Weiße im Westen denselben Mut hätten wie die Taliban, würden wir derzeit nicht von Juden regiert.«¹⁴ Die Taliban tun offenbar das, was Faschisten im Westen bislang nicht zu tun vermögen, aber gerne täten.

Von sog. Israel-Kritikern wird ignoriert oder heruntergespielt, dass die israelische Staatsgründung eine Konsequenz des europäischen Antisemitismus und vor allem des Holocaust ist, ein Staat, der seine Legitimation daraus zieht, bewaffnete

rechts – Traditionelle Familienwerte verbinden Rechtsextreme und konservative Muslime, jungle.world vom 10.8.2023.

¹³ Vgl. etwa Antonio Amadeo Stiftung (Hg.): Antisemitische Allianzen nach dem 7. Oktober, 6.6.2024, <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/wp-content/uploads/2024/06/Lagebild-Antisemitismus-13.-Antisemitische-Allianzen.-Pressefahne.pdf> sowie Mohammed, Peshram: Eine unheilige Allianz – Das Bündnis zwischen Linken, Postkolonialen und Islamisten, jungle.world vom 21.12.2023.

¹⁴ Žižek, Slavoj: *Die Paradoxien der Mehrlust – Ein Leitfaden für die Nichtverwirrten*, Frankfurt 2023, zuerst London 2022, 384.

Schutzmacht für alle vom Antisemitismus verfolgten Juden zu sein; und ebenso ist Israel *auch* ein kapitalistischer Staat mit allen Widersprüchen und Konflikten, der in den letzten Jahren einer zunehmenden autoritären bzw. rechts- und religions-extremistischen Entwicklung ausgesetzt ist, die die israelische Gesellschaft auseinander zu reißen droht; daher wurde von einem *Doppelcharakter* des israelischen Staates gesprochen. In den Worten von Robert Kurz (2012): »Israel beweist seinen Doppelcharakter, indem es einerseits als Judenstaat zum Hassobjekt Nummer Eins in der weltweiten Krisenverarbeitung geworden ist. Andererseits durchläuft es als kapitalistischer Staat dieselben sozialen Brüche wie alle anderen und hat als innere Selbstzerstörungspotenz seinen eigenen Gottesfaschismus [...] hervorgebracht. Prominente Rabbiner sprechen von der Gefahr einer Talibanisierung durch eine Minderheit von fanatischen Ultraorthodoxen, die ihren feindlichen islamistischen Brüdern gleichen wie ein Ei dem anderen. Im Verein mit chauvinistischen Siedlern drohen sie Israel zu barbarisieren und seiner historischen Legitimation zu berauben«. ¹⁵

Ein von sich verfolgt und ungehört fühlenden ›Israel-Kritikern‹ herbei halluziniertes ›Kritikverbot‹ israelischer Politik, ähnelt nicht zufällig dem Diskursmodus autoritärer Subjekte, die sich als ›Opfer von Zensur‹ inszenieren, als ›verfolgte Unschuld‹ imaginieren, wenn ihre rassistische Agitation mit Kritik gekontert wird. ¹⁶ Israel zu dämonisieren, sein Existenzrecht abzuerkennen und zugleich die antisemitischen Terrorbanden zu verharmlosen, provoziert zu Recht dezidierten Widerspruch. Daraus folgt aber nicht, dass es ›verboten‹ oder unangemessen wäre, Israel und seine Politik und Kriegsführung oder die rechte Regierung Netanjahus und seine rechtsradikalen & fundamentalistischen Koalitionäre zu kritisieren (was vor allem in Israel selbst viel getan wurde/wird).

Eine Nicht-Reaktion Israels auf den antisemitischen Massenmord wäre eine ›Einladung‹ gewesen, einen solchen früher oder später zu wiederholen. ¹⁷ Folgerichtig bleibt der »Erhalt militärischer Schlagkraft gegen die vereinigten Israelhasser [notwendig], die letztlich eine antisemitische Bereinigung der Landkarte wollen«. ¹⁸ Das impliziert Waffenlieferungen an Israel. Damit haben gerade ›Vulgärpazifisten‹ wie Sarah Wagenknecht ein Problem. Wenn Israel den antisemitischen Krieg von Hamas, Hisbollah und des iranischen Mullah-Regimes verlieren sollte, hörte Israel auf zu existieren, und das erklärte Ziel der islamistischen Terrorbanden, »from the

¹⁵ Kurz, Robert: *Der Tod des Kapitalismus: Marxsche Theorie, Krise und Überwindung des Kapitalismus*, Hamburg 2012, 159.

¹⁶ Vgl. Konicz, Tomasz: Sarrazins Sieg, konicz.info vom 12.9.2010.

¹⁷ Der hochrangige Hamas-Funktionär Ghazi Hamad sprach explizit aus, ein solches Massaker so lange wiederholen zu wollen, bis Israel vernichtet ist. <https://www.jpost.com/arab-israeli-conflict/article-771199>.

¹⁸ Kurz 2012, ebd.

river to the sea« Israel »judenrein« zu machen, würde Realität. Das Resultat wäre kein demokratisches Palästina, in dem alle gleichberechtigt miteinander leben können, was bildungsferne Demonstranten oder »Studierende« auf den Pro-Hamas-Aufmärschen vielleicht glauben, sondern ein zweites Afghanistan.

Der berechtigte Ruf nach Solidarität mit den Palästinensern, auch ihre Opfer zu betrauern, die ohne jeden Zweifel ein besseres Leben verdient haben als unter der Terrorherrschaft von Islamisten, ist hohl und unglaubwürdig, wenn man sich mit Antisemiten gemein macht, deren erklärtes Ziel, die Vernichtung des jüdischen Staates ist, wobei die Verheizung der Palästinenser von der Hamas *bewusst* in Kauf genommen wird (und die Opferzahlen durch die Hamas manipuliert werden¹⁹). Die Voraussetzung einer Solidarität mit den Palästinensern dagegen wäre, wenn man mindestens benennt, dass sie von der Hamas unterdrückt sowie als »Fleischopfer« für ihren genozidalen Antisemitismus »eingesetzt« werden, und die Hamas und die mit ihnen alliierten Terrorbanden durch das genozidale Massaker von 7. Oktober, die militärische Reaktion Israels zu verantworten haben. Wobei die Terrorbanden Gazas *jederzeit* hätten kapitulieren und die Geisel freilassen können; dass sie offenbar »bis zum letzten Mann« zu kämpfen bereit sind, zeigt, wo ihre Prioritäten wirklich liegen – offensichtlich *nicht* beim Wohl der Palästinenser!²⁰ Von denen, die sich angeblich mit den Palästinensern solidarisieren, hört man nie eine Kritik der UNRWA, die längst von Islamisten unterwandert ist, die den Flüchtlingsstatus der Palästinenser *vererbt*; kein kritisches Wort gegen die arabischen Regime, die die palästinensischen Flüchtlinge und ihre Nachkommen nicht integrieren, sie wie Parias behandeln, sie in Abhängigkeit zwingen, um sie als Manövriermasse gegen Israel missbrauchen zu können!²¹ Kein Wort gegen das Regime der Hamas und kein Interesse für seine Opfer!²² Wo ist denn die viel eingeforderte Solidarität mit den Palästinensern?! Von all dem antisemitischen Gesindel auf der Straße und an den Universitäten ist Solidarität für die Palästinenser jedenfalls nicht zu erwarten. Statt dessen gibt es nur antisemitische Parolen, Täter-Opfer-Umkehr und den Hass auf Israel!

* * *

¹⁹ Vgl. Sarah Maria Sander: Falsche Opferzahlen in Gaza – übernehmen die Medien manipulierte Daten der Hamas?, 29.12.2024, <https://www.youtube.com/watch?v=HNFsGWoSH9c&t=0s>.

²⁰ Vgl. Sarah Maria Sander: Die Hamas will mehr Todesopfer in Gaza, 30.12.2024, <https://www.youtube.com/watch?v=UzdNbbdqjX8>.

²¹ Vgl. z. B. Jewish News Syndicate: UN-Watch Bericht: UNRWA ließ wissentlich Infiltrierung durch Hamas zu, [mena-watch.com](https://www.mena-watch.com) vom 13.1.2025 und Shvili, Jason: Warum die Palästinenser in der arabischen Welt Parias sind, [mena-watch.com](https://www.mena-watch.com) vom 13.11.2023.

²² Nowotny, Konstantin: »Wir wollten sie stürzen«, Interview mit Hamza Howidy, [taz.de](https://www.taz.de) vom 13.7.2024.

Wie gewohnt werden in Deutschland der Rechtsextremismus und die AfD insbesondere dadurch bekämpft, dass »demokratische Parteien« deren Positionen mehr und mehr übernehmen und damit zeigen, dass sie den Rechtsextremisten inhaltlich nichts entgegensetzen können oder wollen.²³ Vom Klimawandel im öffentlichen Diskurs ist indes kaum noch die Rede. Greta Thunberg versinkt im antisemitischen Sumpf, der Klimabolschewist und Israelhasser Andreas Malm propagiert einen grünen Antisemitismus²⁴ und die Klimakleber-Aktionen der Letzten Generation laufen ins Leere und werden mit allen »Mitteln des Rechtsstaates« verfolgt. Nach wie vor warnen Klimawissenschaftler/-innen vor den Folgen des Klimawandels. Dass der Klimawandel die Zahl der Flüchtlinge langfristig gewaltig erhöhen wird, verdrängt man oder nimmt es in Kauf und setzt auf Abschottung und Abwehr.²⁵ Um die Abwehr von Flüchtlingen zu realisieren, bedient man sich einer polizeistaatlich und militärisch gesicherten »eingrenzenden Ausgrenzung«²⁶ in Lagern. Dazu sind die demokratischen Staaten mit den viel gepriesenen westlichen Werten stets bereit, mit autoritären Regimen und Terrorstaaten zusammenzuarbeiten. Dies geht wiederum einher mit den Krisenverhältnissen, die offensichtlich mehr und mehr »aus dem Ruder laufen«. Nichts deutet darauf hin, dass sie unter Kontrolle gebracht werden könnten, auch nicht mit autoritär-repressiven Mitteln.

Das deutsche Wirtschaftsmodell – Billiglohn- und Exportland – stößt in Zeiten von Protektionismus und zunehmender Konkurrenz mit China an seine Grenzen. Selbstverständlich wollen die etablierten »Polit-Eliten« und ihre sog. Gegner (und erst recht der wütende »einfache Mann« auf der Straße) von systemischen Zusammenhängen nichts wissen. Einfacher ist es etwa gegen die Grünen²⁷ zu pöbeln, die das alles angeblich durch ihre »grüne Ideologie« zu verantworten haben (Inflation, steigende Energiepreise, Insolvenzen usw.). Statt Kritik und besonnener Selbstreflexion siegen ganz klar das Ressentiment und die Wut im Bauch. Der Gürtel ist bei denen enger zu schnallen, die ohnehin wenig oder nichts haben. Selbstverständlich mit einem widerlichen Paternalismus! Dies zeigte die »Debatte« über das Bürgergeld, das angeblich zu hoch sei und die Armen und prekär Beschäftigten nur faul

²³ Vgl. etwa Elbe, Anni: Räuberleiter für die AfD – Die Migrationspolitik der Ampel ist am Tiefpunkt angekommen, *iz3w.org* vom 16.10.2024, Schultheis, Joshua: Dieser Weg führt zu einer Koalition mit der AfD, *Jüdische Allgemeine* vom 1.2.2025.

²⁴ Bulle, Sylvaine: Andreas Malm et l'antisémitisme vert, 11.9.2024, <https://k-larevue.com/malm-antisemitisme-vert/>.

²⁵ Martens, Mawuena: Klimawandel und Flucht – Die doppelte Bedrohung, *Junge Welt* vom 13.11.2024.

²⁶ Vgl. dazu Kurz, Robert: *Weltordnungskrieg – Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung*, Springer 2021, 203ff., 358ff.

²⁷ Vgl. z. B. Topfvollgold: Die wilden Kampagnen gegen Robert Habeck, <https://www.youtube.com/watch?v=4DGAeHSfOFM>.

made. Ausgerechnet der vermeintliche Missbrauch beim Bürgergeld gerät zur Bedrohung des Standortes Deutschland. Während der Fußball-WM wurde vom Vulgarblatt *Focus* (vom 27.7.) berichtet, dass Bürgergeld-Empfänger/-innen ihr Bürgergeld auf der ›Fan-Meile‹ für Bier ausgaben, so dass sie sich am Ende des Monats einschränken müssten. Nicht die Höhe des Bürgergeldes wurde hier moniert, sondern, dass das Bürgergeld für Bier »verprasst« werde. Wer arm oder prekär lebt oder sozial abstürzt, der/die dürfte keine angenehmen Zeiten für sich erwarten! Christian Lindner forderte, um die geheiligte »Schuldenbremse« einzuhalten und um die militärische Aufrüstung realisieren zu können, »Brutalitäten in den Sozialsystemen« (tagesspiegel.de vom 20.2.2024). Die werden ganz sicher kommen! Eine Nach-unten-treten-Haltung gegen die Armen ist ohnehin Mainstream. Eine »Brandmauer« hat es hier nie gegeben.

Mit der von Olaf Scholz, anlässlich des Angriffskrieges durch das Putin-Regimes gegen die Ukraine verordneten »Zeitenwende« werden die Daumenschrauben fester angezogen, um die Gesellschaft militärisch in Form zu bringen. Schulen in Bayern etwa dürfen sich nicht mehr weigern Bundeswehr-Propaganda in den Klassen zuzulassen, Universitäten müssen mit ihr kooperieren. Mit Zivilklauseln an den Universitäten dürfte vermutlich insgesamt bald Schluss sein. Auch die Einführung von Wehrsportunterricht an Schulen wird diskutiert!²⁸ Erstaunlich wie wenig Widerspruch solche Vorhaben bekommen! *Konsens-Störung* ist nicht angesagt, eher Duckmäuser- und Denunziantentum. Ganz plötzlich wird eine Gemeinschaft behauptet, der man sich aufzuopfern habe. Wozu soll man sich die ›Nation‹ als angebliche Solidargemeinschaft aufnötigen lassen, für diese töten und sich töten lassen, obgleich das neoliberale Regime auf Entsolidarisierung beruht?, wie der linke Publizist Ole Nymoen vollkommen zu Recht in der *Berliner Zeitung* (vom 4.8.2024) deutlich machte.

Des Weiteren möchte man durch verschiedene Maßnahmen der Desinformation und der Propaganda & Fake News im Netz Herr werden. Es wäre naiv zu glauben, es ginge dabei wirklich nur darum, *vollkommen zu Recht* antisemitische und rassistische Propaganda zu löschen. Mögliche Anwendungen beschränken sich bekanntlich nicht auf den ursprünglich angedachten Zweck. Das ermöglichen allein solche dehnbaren und inhaltlich unbestimmten Begriffe wie »Gefährder«, »Delegitimierung des Staates« oder »Hass und Hetze«. Solche *Gummibegriffe* ermöglichen Willkür und höhlen damit den vielgepriesenen Rechtsstaat aus. Hellhörig muss man werden,

²⁸ Vgl. z. B. <https://www.imi-online.de/2024/09/06/imi-kongress-2024-zeitenwende-in-bildung-und-hochschulen/> sowie Linder, Fabian: Bundeswehrförderungsgesetz: »Schülern wird Nähe zum Militär aufgedrängt«, *Junge Welt* vom 30.11.2024. Kopp, Johannes: Sportunterricht für den Ernstfall – Kinder zum Krieg erziehen, *taz.de* vom 24.1.2025.

wenn angekündigt wird, selbst Äußerungen, die sich »unterhalb der Strafbarkeitsgrenze« (so die grüne Familienministerin Lisa Paus) befinden, ahnden zu wollen. Um die Demokratie zu retten, ist man bereit, den Rechtsstaat zu schleifen! Wie der Rechts- und Politikwissenschaftler Maximilian Pichl in seinem Buch *Law statt Order* (Berlin 2024) herausstellt, sind bei der inflationären Rede vom »Rechtsstaat« nicht der Schutz individueller Rechte und die Beschränkung staatlicher Macht gemeint, was Pichls historischer Nachzeichnung zufolge der ideengeschichtliche Sinn des Begriffes *Rechtsstaat* sei, sondern im Gegenteil die Exekutivgewalten des Staates, deren Befugnisse stetig erweitert werden. Und eine »Durchsetzung des Rechtsstaates« meint, wie Pichl vielfach belegt, oft nichts anderes als dass der staatliche Gewaltapparat rigoros durchgreifen können muss. Im Angesicht der immanent nicht mehr bewältigbaren Krise des Kapitalismus und ihren Verwerfungen darf man dreimal raten, wohin diese »Reise« mittel- bis langfristig wohl oder übel gehen wird. Und das gerade auch unter dem Label »wehrhafte Demokratie«! Autoritäre Formierung und Staatszerfall bzw. -verwilderung dürften sich verschränken und das *neue Normal* werden. Der wieder gewählte Donald Trump dürfte dazu mit seinem Horror-Kabinett in der westlichen Welt neue Maßstäbe setzen. Die Säuberungsaktionen des Trump-Regimes sind mit Sicherheit nur ein Auftakt!²⁹ Es wird immer deutlicher, dass die »Demokratie ihre Kinder frisst« (Robert Kurz)!

* * *

Robert Kurz geht es in seinem Essay »Geisterfahrer der Geschichte«, der 1993 erschienen ist, um das Aufkommen eines erneuten massiven Nationalismus und Patriotismus nach der deutschen Wiedervereinigung. Er zeigt dabei die Widersprüchlichkeit eines postmodernen »Anything goes« in der damaligen Spaßgesellschaft und einem neo-nationalen Identitätswahn in ihrem inneren Zusammenhang auf. Damit verbunden kritisiert er eine Linke, die nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, ihres Linksseins überdrüssig, zu Marktfreiheit und Postmoderne, aber auch zum Nationalismus übergelaufen ist. Er weist dabei auch nach, dass ein rechtes und ein traditionsmarxistisches Denken, was Nationalismus und Heimatliebe betrifft, konvergierten, ja eine Identität bildeten, vor allem was autoritäre Haltungen betraf. Dabei stellt er klar, dass die Nation erst über Ware und Geld im 19. Jahrhundert entstand, also ein historisches Produkt und keineswegs eine ontologische Tatsache ist, die mittlerweile durch das Weltmarktverhältnis untergraben wird. Solche Widersprüche werden jedoch ignoriert. Der nationale und neopatriotische Diskurs verweist auf die Globalisierung des Ökonomischen, die sich zum Henker

²⁹ Koniecz, Tomasz: Cancel Culture USA, koniecz.info vom 6.2.2025.

des Sozialen macht. Der Rekurs auf den Nationalstaat ist dabei der vergebliche Versuch, die Krise immanent zu managen – von daher auch der Titel »Geisterfahrer der Geschichte«. Es gibt ihn in seiner traditionellen Form ökonomisch und kulturell nicht mehr, ohne dass seine Funktionen ersetzt würden. In diesem Zusammenhang skizziert Kurz auch knapp die damalige ökonomische Lage. Man klebt an der industriellen Lohnarbeit im Wissen, dass man nicht mehr gebraucht wird. Es kommt zu einer Ausgrenzung sozial Schwacher und von Minderheiten, und es findet eine Brutalisierung im Alltag statt. Kurz thematisiert dabei auch ein entleertes Markt-Individuum, in dem eine Sehnsucht nach der Vergangenheit aufkommt. Die Bewältigung der Krise muss also über Bekanntes hinausgehen, jenseits eines Klassenkampfmarxismus und eines rechten und linken Denkens, das sich weithin überlappt.

Der Aufsatz »Krisenökonomie des deutschen Faschismus – Beobachtungen zur Wechselwirkung von ökonomischer Krisenentfaltung und der Faschisierung Deutschlands im 21. Jahrhundert« von *Tomasz Konicz* beschäftigt sich mit der Wechselwirkung von Krisenentfaltung und Rechtsentwicklung in Deutschland. Mit der Agenda 2010 und Hartz-IV und Dank des Euro gelang es dem »Exportweltmeister« Deutschland die Krise zu verzögern bzw. auf andere abzuwälzen (Beggart-Neighbour). Dieses »Wirtschaftsmodell« stößt an seine Grenzen. Die starke Exportabhängigkeit wird dem »Land der Leistungsstarken« zum Verhängnis. Die Hetze und Knechtung gegen Arbeitslose und Arme, die Sarrazins rassistisches Machwerk *Deutschland schafft sich ab* zum bürgerlichen Mainstream verhalten, laufen im Angesicht von Protektionismus und der Tendenz zur Deglobalisierung ökonomisch ins Leere. Konicz zeigt, dass die Reformpolitik des Schröder-Regimes sich nicht mit ökonomischem Erfolg wiederholen lässt, mögen Hetze und bürokratische Knechtung gegen »Sozialschmarotzer« noch so heftig und grausam ausfallen. Dabei stellt Konicz klar, dass die Ideologeme der Neofaschisten (»fauler Südländer«, die Suche nach »Schuldigen« usw.) ins Extrem getriebene Bestandteile der neoliberalen Ideologie, also der bürgerlichen »Normalität« selbst sind. Rechts ist, wo die Mitte steht. Die totale ökonomische Konkurrenz, der Kontrollverlust auf vielen Ebenen, der (befürchtete) soziale Abstieg u. a. schwitzen den Rechtsextremismus aus. Nun ist das trotz alledem keine Zwangsläufigkeit. Konicz betont die Wichtigkeit, den Fetischismus des Kapitals in Frage zu stellen, der allgemeinen Regression und Enthemmung zu widerstehen, die Verwerfungen und Katastrophen im historischen Zusammenhang zu sehen (im Gegensatz zum Instant-Schein-Bewußtsein der bürgerlichen Unvernunft). Von einer Linken, die das ernsthaft tut, die die Abschaffung des Kapitalismus und eine entsprechende »Transformationspraxis« überhaupt denkbar machen könnte, ist so gut wie nichts zu sehen. Nicht zuletzt zeigten die letzten Jahre mit Pegida, Verschwörungswahn & Co, dass neofaschistische Agitation und

Propaganda milieuübergreifend auf breite Zustimmung stoßen. Die inhaltliche Konvergenz nahezu aller Parteien spätestens bei Auflösung der Ampel-Koalition zur AfD zeigt dies deutlich.

Angesichts des Terrors der Hamas und Israels militärischer Antwort entlädt sich in weiten Teilen der Linken, vor allem in postkolonialen Zusammenhängen, auf Israel bezogener Antisemitismus, der gesellschaftlich auf positive Resonanz stößt. Von dieser Situation ausgehend greift der Text »Projektiver Antisemitismus, >rohe Bürgerlichkeit< und gesellschaftlicher Wahn« von *Herbert Böttcher* auf Ansätze der Kritischen Theorie zur Bestimmung des Antisemitismus zurück. Sie hatte auf dem Zusammenhang von Antisemitismus und kapitalistischer Gesellschaft insistiert und Antisemitismus als projektive Krisenverarbeitung und darin als Ausdruck gesellschaftlichen Wahns verstanden. Daran anknüpfend geht es um die Frage, wie sich projektiver Antisemitismus angesichts der gegenwärtig sich dramatisch zuspitzenden Krisenlagen darstellt. Dabei werden Moishe Postones Reflexion auf die abstrakte Herrschaft des Kapitals und die mit ihr einhergehende Antinomie von Konkretem und Abstraktem als wesentlichem Hintergrund antisemitischen Wahns aufgegriffen, ebenso wie der Rekurs von Robert Kurz auf die Vermehrung von Kapital als irrationalen Selbstzweck samt ihres Krisencharakters sowie Roswitha Scholz' Reflexion darauf, Antisemitismus und Rassismus im Ausgriff auf das Ganze der Wert-Abspaltungsgesellschaftung zu verstehen und zugleich – sich dem Druck identitärer Ableitungslogik verweigernd – ihrer Eigenlogik stattzugeben.

Antisemitismus als projektive Krisenverarbeitung wird aktuell verortet in der immanent nicht mehr zu bewältigenden Krise des Kapitalismus, die sich in den sog. Vielfachkrisen ausagiert. Kontrollverluste sollen in >roher Bürgerlichkeit< kompensiert werden durch die Abwehr von an der Misere Schuldigen. Der Ausfall der Reflexion verbindet sich mit der Unmittelbarkeit projektiver Konkretisierungen bzw. Personalisierungen. Reflexionslos vorausgesetzt bleibt die Normalität: der wahnhaft Selbstzweck der Vermehrung von Kapital samt seiner zerstörerischen Krisendynamik. >Lösungen< aber können erst in Sicht kommen, wenn kritische Reflexion auf >konkrete Totalität< als Irritation und Unterbrechung der wahnhaften Normalität zur Geltung kommen kann.

Der Text »Als die Rede über den Holocaust vom Klassenkampf ablenkte: Holocaust-Leugnung, traditioneller Marxismus und Ultralinke in Frankreich« von *Johannes Voge* widmet sich einem wenig bekannten Teil der Holocaustleugnung: In Frankreich weist die Geschichte der Holocaustleugnung eine besondere Komponente auf, die man anderswo nicht findet. Eine Zeit lang wurde die Leugnung des Holocaust von einem Teil der >Ultralinken< – einer marxistischen, antileninistischen und rätekommunistischen Bewegung/Schule – propagiert und aktiv in die Öffentlichkeit getragen. Sie stützten sich dabei auf die italienischen

linkskommunistischen Bordiguisten und deren Anti-Antifaschismus. Inwiefern stellt diese Geschichte mehr als nur eine Anekdote oder eine Skurrilität dar und steht auf der einen Seite in der Tradition des linken Antisemitismus und Antizionismus und vertritt auf der anderen Seite eine manichäische Sichtweise des Kapitalismus als im Wesentlichen geprägt von Klassenkampf und politischen Macht-Strategien? Wo treffen sich eine ultralinke verkürzte Kapitalismuskritik und eine (rechtsextreme) antisemitische Verschwörungstheorie? In welchem Verhältnis steht die völlige Leugnung des Genozids zur heute stark verbreiteten Leugnung durch Verharmlosung (wobei die Erinnerung an den Genozid für die Ultralinken zwei Zwecken diene: der Ablenkung des Proletariats von seiner historischen Mission und der Rechtfertigung der Gründung des Staates Israel)?

In dem Aufsatz von *Roswitha Scholz* »Intersektionalität und Diversität in der altlinken Sachgasse« werden zwei neuere prominente Ansätze zu Rasse, Klasse, Geschlecht bzw. Intersektionalität, nämlich das Konzept von Eleonora Roldán Mendívi/Bafta Sarbo zur »Diversität der Ausbeutung« (2021) sowie Karin Stögners Überlegungen zu Ideologie und Intersektionalität (2021) mit den Ausarbeitungen in dem Buch »Differenzen der Krise – Krise der Differenzen« (2005), das ihrer Meinung nach in wesentlichen Punkten heute noch Bestand hat, konfrontiert. Kritisiert wird dabei vor allem, dass diverse Diskriminierungsformen und Ungleichheiten wieder unter die Klassenkategorie subsumiert und eine Arbeitsontologie betrieben werden, wie es Richtungen tun, die vor allem auf einen Traditionsmarxismus rekurrieren. In diesem Zusammenhang stellt eine Wert-Abspaltungskritik auch eine überkommene »Normalität« infrage, die heute wieder heiß begehrt ist und die »kleinen Leute« zum Maßstab linker Kritik macht. Hierbei spielt vor allem auch der Verfall der Mittelschichten eine maßgebliche Rolle, die bestimmen, was als »normal« gilt. Die Veränderungen der letzten Jahrzehnte erfordern jedoch andere Kategorien und ein Totalitätsverständnis jenseits altbackener marxistischer Theorien; stattdessen findet heute in großen Teilen der Linken eine Regression statt und es kommt zu »Totenbeschwörungen« (Marx). Derartige Tendenzen lassen sich auch bei Roldán Mendívil/Sarbo, die aus einer traditionsmarxistischen Ecke kommen, und Stögner, die in der Tradition der Frankfurter Schule steht, in unterschiedlicher Weise erkennen. Stattdessen gilt es aus einer wertabspaltungskritischen Perspektive ökonomische Disparitäten, Antisemitismus, Rassismus usw. sowohl in ihrer Eigenlogik als auch in ihrer Verbundenheit wahrzunehmen und eben auch ein hierarchisches Geschlechterverhältnis nicht wieder einmal zum Nebenwiderspruch machen.

Mit dem Abstieg der westlichen Staaten, der mit dem Ukraine-Krieg ausgerufenen *Zeitenwende* und dem relativen Aufstieg Chinas im globalen Krisenkapitalismus hat ein manichäisches Denken im politischen Diskurs Hochkonjunktion. Es

heißt, es finde ein Kampf zwischen der liberalen Demokratie und Autokratien statt. Mit einer »Achse der Autokratien« (Anne Applebaum) befinde sich der Westen in Konfrontation. *Thomas Meyer* zeichnet in dem Text »Demokratie versus Autokratie?« diese ideologische Schiefelage nach, die sich aus dem Entweder-Oder-Denken des Kalten Krieges und Samuel Huntingtons *clash of civilizations* speist. Dabei wird gezeigt, warum diese Entgegensetzung an der Oberfläche verbleibt und worin die fundamentalen Grenzen der vielgepriesenen westlichen/bürgerlichen/liberalen Demokratie selbst und ihrer Freiheit liegen.

Postkoloniale Theorie ist, so scheint es heute auf den flüchtigen Blick, die Rückkehr des Antiimperialismus in postmodernem Jargon. Und tatsächlich müssen viele der in den letzten zehn Jahren aufgekommenen politischen Haltungen zu Rassismus und zu Fragen der internationalen Machtverhältnisse, die als postkolonial bezeichnet werden, zur Retraditionalisierung gezählt werden, die die Linke in dieser Zeit erfasst hat. Allerdings verfehlt diese Betrachtung zwei entscheidende Punkte. Zum einen ist es eigenartig, dass unter dem Schlagwort Postkolonialismus kaum noch versucht wird, den Zustand der Welt nach der Kolonisierung zu analysieren. Vielmehr sieht es so aus, als liefe die Zeit rückwärts. Es wird wieder zur Dekolonisierung aufgerufen, als ob die antikolonialen & nationalen Befreiungsbewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg keine Erfolge gehabt hätten. Zum anderen war die postkoloniale Theorie, wie ein Blick in ihre Geschichte ab Mitte der 1980er-Jahre zeigt, eine Theorie, die dem traditionellen Antiimperialismus in mehrfacher Hinsicht entgegengesetzt war. Dass sie heute der Erneuerung der schlechten Tradition dienen kann, ist daher zumindest erklärungsbedürftig und damit einer Ideologiekritik würdig, die sich von der des Antiimperialismus unterscheidet. Zu diesem Zweck geht es *JustIn Monday* im ersten Teil des Beitrages »Diskontinuität des Kolonialismus – Zu Geschichtsphilosophie und Realgeschichte von Post- und Dekolonialismus« zunächst einmal um die Frage nach der Position des Postkolonialismus im Wissenschaftsbetrieb insgesamt, denn das postkoloniale Denken ist sehr auf diesen konzentriert und verteilt sich dabei über das gesamte Spektrum der Geistes-, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften. Dabei wird auch die Geschichtsphilosophie erörtert, die das postkoloniale Denken impliziert, obwohl es sich in postmodernen, bzw. genauer poststrukturalistischen Paradigmen bewegt, denen zufolge Geschichtsphilosophie zu dekonstruieren ist. Diese Vorgehensweise folgt der Auffassung, dass die zentralen Inhalte postkolonialer Kritik so sehr von den Formen dekonstruktivistischer Methodenkritik bestimmt sind, dass sie ohne deren Rekonstruktion nicht verstanden, geschweige denn kritisiert werden können. Daher werden die Kernbestandteile des postkolonialen Denkens erst in einem zweiten Schritt (im zweiten Teil) mit ihrer Entstehungsgeschichte sowie der Weltgeschichte konfrontiert, in der die ehemaligen Kolonien durchaus dekolonisiert und damit nationalisiert worden sind (erscheint in der *exit!* Nr. 23).

Nur eben nicht mit den Ergebnissen, die sich der linke Flügel der antikolonialen Befreiungsbewegungen einmal erhofft und erwartet hat.

Mit dem Begriff der ›Pseudoindividualität‹ (Adorno/Horkheimer 1947) beschäftigt sich *Peter Schmitt* in seinem Gastbeitrag »Pseudoindividualität heute – Zur Aktualität der Dialektik der Aufklärung«. An diesem Begriff lassen sich bis heute hochbrisante Fragestellungen auffächern. Fragestellungen, die inmitten allgegenwärtig gewordener technischer Anwendungszusammenhänge neue Dringlichkeit entwickeln: Was bedeuten Individualität und Freiheit in permanenter Koexistenz zum Apparat? Können wir beim Anwender der Massenprogramme überhaupt noch vom Individuum sprechen? Und schließlich: Wie distanzieren wir uns von hochideologisierten Technologien, die wir so tief in unser ›individuelles‹ Leben eingearbeitet haben? Obwohl aus dem radio- und kinodominierten Mediensystem längst vergangener Tage stammend, kann Pseudoindividualität angesichts der Entwicklungen in unserer Gegenwart als nützliches Theorem begriffen werden, das im Kontext der sich gerade vollziehenden Digitalisierungsschübe neue Erklärungskraft gewinnt. Die Relektüre relevanter Passagen aus der *Dialektik der Aufklärung* erfolgt in zwei Schritten. Erstens werden einzelne Aspekte mit zeithistorischen Bezügen exponiert, um sie dann zweitens vor dem Hintergrund ubiquitär gewordener digitalökonomischer Lebenszusammenhänge neu zu lesen.

Wenn man für soziale und psychologische Katastrophen die polit-ökonomische Ebene und die historische Bedingtheit des Sozialen außer Acht lässt, liefern bekanntlich Biologisierungen Erklärungen und die notwendigen Begründungen. In »Psychische Erkrankungen und Neurowissenschaft – Anmerkungen zur Naturalisierung der Gesellschaft« von *Thomas Meyer* wird, anlässlich einer kritischen Rekapitulation, des mittlerweile nicht mehr allzu öffentlichkeitswirksamen *neurowissenschaftlichen Diskurses*, der üblichen Diktion widersprochen, Geisteserkrankungen seien im Wesentlichen Gehirnerkrankungen und daher medikamentös zu behandeln. Dazu wird in breiterem Umfang die *Naturalisierung des Sozialen* kritisiert, mit der sich die bürgerliche Gesellschaft seit jeher eine Erklärung und damit Rechtfertigung des Bestehenden lieferte.

* * *

Johannes Vogele und Ralf Pieper sind in die Redaktion aufgenommen worden.

Wir bitten auch dieses Jahr unsere Leser & Leserinnen, uns mit einer Spende und/oder einem Abonnement zu unterstützen.

Thomas Meyer für die exit!-Redaktion im Februar 2025.

Geisterfahrer der Geschichte

Robert Kurz

Vorwort von Roswitha Scholz

Seit der Publikation des Essays *Geisterfahrer der Geschichte* 1993 ist viel passiert: Die rotgrüne Schröder-Koalition verabschiedete neoliberale und antisoziale Reformen; darauf folgte die Merkel-Ära, die die Verhältnisse zu konservieren gedachte, danach kam die glücklose Ampelkoalition. Im internationalen Rahmen kollabierten die ›Kleinen Tiger‹ 1997, es folgte die Dotcom-Krise 2000/2001 und natürlich der Finanzcrash 2008, bis zum Abstieg des Westens und dem relativen Aufstieg von China im Krisenkapitalismus. Im Gefolge dieser Entwicklungen nahmen bekanntlich rechte Strömungen weltweit zu. Die Postmoderne mit ihrer Liebe zu Differenzen und zur Dekonstruktion ist nun passe, umso mehr greift ein Identitätswahn um sich. Trump kam zum zweiten Mal an die Macht und in Wahlumfragen ist die AfD momentan zweitstärkste Kraft. Die Linke ist im Eimer, ihre Bemühungen in den vergangenen Jahrzehnten wieder Fuß zu fassen, sind gescheitert. Die Corona-Krise, der Ukraine-Krieg und die neusten Entwicklungen im Nahostkonflikt führten zu weiteren Spaltungen, wobei das Gros der Linken nach wie vor eine ›pro-palästinensische‹ Haltung einnimmt. Die linken Verbliebenen ergehen sich Klassenkampf- und Arbeitsnostalgie.

Dennoch liest sich der Text von Kurz als wäre er gestern geschrieben worden, tauscht man einige Daten, Ereignisse u. ä., die der damaligen Aktualität geschuldet sind, aus. Er behandelt knapp und treffsicher eine Bewältigungsstrategie der Krise, die nach einer Latenzphase in Deutschland, insbesondere nach der Merkelphase, in all ihrer Brutalität heute erst so richtig zur Kenntlichkeit kommt: nämlich den Versuch, den Niedergang des Kapitalismus bis in die Rest- Linke hinein, mit einem Rückgriff auf die Vergangenheit, auf Nation, Patriotismus usw. bewältigen zu wollen, was aber noch weiter in den Schlamassel hineinführt. Deshalb haben wir uns entschlossen den Essay von Kurz erneut zu veröffentlichen.

1.

Entideologisierung war angesagt, Lockerung, Freischwimmen. Wieder einmal ein Aufbruch, diesmal mit besonders leichtem Gepäck: die schmalen eleganten Echtleidertäschchen des joggingschlanken Kasino-Kapitalismus enthielten nur ein wenig heiße Luft. Scheinprofessionelle Mittzwanziger mit Rechtschreibschwächen flanieren, die >Financial Times< malerisch unter dem Arm, fachsimpelnd durch die Fußgängerzonen. Die zahlreich auftauchenden Bettler und Obdachlosen begannen leider schon ein wenig zu stören. Junge Bars für Mineralwässer, die Flasche zu dreißig Mark, möblierten die Konjunktur einer fiebrigen Nüchternheit. Es gab endlich Fahrräder für den Preis eines Mittelklasse-Autos, und die Turnschuhe, die auch immer teurer wurden, mußten zum Seidenhemd passen. Daß der Einheitshaarschnitt der großdeutschen Wehrmacht zum modischen Muß für die softigen Selbstdarsteller avancierte, gehörte zur Vielfalt des Möglichen.

In einer Welt, die vor lauter Offenheit schon ein wenig ungemütlich geworden war, verschwand die altbackene Gesellschaftskritik fast geräuschlos im Vergangenheitsmüll. *Entsorgung* wurde zur beziehungsreichen Metapher einer Dekade. Die Nierentische erlebten ihr Revival, und auch die Ex-Antiautoritären von 1968 sahen ihren Vätern und Müttern immer ähnlicher. Während sie als neue Erben das Konto des fordistischen Wirtschaftswunders leerräumten, entdeckten sie die Freuden der Urbanität und die fröhliche Wissenschaft. Die Arbeitslosenzahl näherte sich auf leisen Sohlen der Dreimillionengrenze; die Freiheit der Chancen und Erlebnisse hatte eben ihren Preis. Ein wunderbares Spiel, die demokratisierte Zweidrittelgesellschaft; nur Verlieren war verboten.

Anything goes heißt in anderer Lesart bekanntlich *Rien ne va plus*. Und so wachten die postmodernen Gelegenheitsdenker eines wieder einmal jungen Tages auf und entdeckten, daß sie eigentlich *Deutsche* sind. Zur Folklore dessen, was in der *One World* des totalen Geldes plötzlich wieder >die Kulturen< genannt wird, gesellt sich verlegen lächelnd eine intellektuelle Volkstanzgruppe aus Alemannien, die in aller Bescheidenheit ihre ganz normale Normalität beweisen will. Zwar steht noch nicht fest, ob auch der *Schnitzelburger* umbenannt werden muß, aber eine *Identität* wird man doch wohl noch haben dürfen. Die Postmoderne wird sich dabei nicht einmal untreu, sie kommt bloß zu sich. Sehnsucht nach Vergangenheit ist schließlich auch eine Möglichkeit. Wenn alles geht, dann kann es am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts auch ins neunzehnte zurückgehen. Synchronizität ist sowieso beliebt, sogar bei den Physikern. Und dann kann die offene Gesellschaft auch getrost in der Form eines *closed shop* erscheinen. Warum soll es neben Serben, Kroaten und Bosniern, neben Korsen und norditalienischen Langobarden, neben grundsätzlich sparsamen Schotten, immer rothaarigen Iren, kriegerischen Tschetschenen und Aseris, neben

Kelten, Inkas und vaterlandsliebenden Marsianern nicht auch deutsche *Deutsche* geben dürfen? Patriotismus ist machbar, Herr Nachbar.

2.

Selbstverständlich geht es niemandem um etwas Bestimmtes, nur gegen die *linke Besserwisserei* muß endlich einmal etwas gesagt werden, auch wenn es gar keine Linke mehr gibt. Trotzdem wollen uns die neuen Praeceptores Germaniae keineswegs bloß sokratisch ihr Wissen künden, daß sie nichts wissen. Vielmehr handelt es sich um eine späte Inflation von Ernst Moritz Arndts, die mit lange nicht mehr vernommener Nachdrücklichkeit ihre ganz persönlichen Gefühle für eine historische Chimäre namens *Deutschland* nicht nur in allen Aggregatzuständen von Poesie und Prosa über die Kanäle gehen lassen, sondern diese ihre Gemütslage auch noch zur ontologischen Grundbefindlichkeit der menschlichen Natur erklären. Wer das neueste Bekenntnis zu den Obsessionen des vergangenen Jahrhunderts nicht teilt, muß also damit rechnen, von den postmodernen Liebhabern des Nationalen eine Störung seines sozialen Emotionshaushalts bescheinigt zu bekommen oder gar demnächst als *Volksfeind* gebrandmarkt und zum Abschluß freigegeben zu werden. Die merkwürdige Bestimmtheit des Unbestimmten politischer Gefühllichkeit mag vielleicht auch daher rühren, daß ihre Protagonisten bis vor kurzem noch selber jene ominöse *besserwisserische Linke* gebildet hatten, und auch in anderer Kostümierung von der alten Gewohnheit nicht lassen können, mit dem Anspruch einer allgemeinen Verbindlichkeit und im Namen des gesellschaftlichen Fortschritts zu sprechen, und sei es nunmehr eines Fortschritts nach rückwärts. Eine solche Haltung mag im Widerspruch stehen zur angeblichen Unendlichkeit der Entscheidungsmöglichkeiten, aber im postmodernen Diskurs darf und soll man ja widersprüchlich sein, auch das gehört zur freien Auswahl; und der *drive* des Diskurses sorgt sowieso für Markierungen, an denen in aller Freiheit niemand vorbeigehen kann, der sich zufällig dafür entschieden hat, dazugehören zu wollen. Und jetzt steht eben das Nationale auf der beliebigen Diskursordnung; jetzt trägt man eben ›Identität‹.

Vielleicht schießt auch nur die Vergangenheitsbewältigung ehemaliger Marxisten ins Kraut, die sich ihrer lange gepflegten jünglingshaften Begeisterung für die proletarische Weltrevolution allzu sehr schämen und nun übergangslos in den Zustand der patriotischen Alterstorheit eintreten. Aber bekanntlich berühren sich die Extreme einer Konfiguration. In der Volkstümlerei bis zum peinlichen Waldbauernkitsch ließen sich die klassenkämpferischen Poeten noch nie etwas vormachen von den Rechtsradikalen; und in der Predigt des antiintellektuellen Ressentiments durch flagellantistische Intellektuelle lieferte sich schon in den zwanziger

Jahren die ›Rote Fahne‹ ein totes Rennen mit dem ›Völkischen Beobachter‹. Die klammheimliche Relativierung noch von Pogromen kann denen nicht völlig fremd sein, die schon immer das Ohr am Puls der grotesk vergöttlichten ›Massen‹ hatten. Unter der matten Tünche eines abstrakten Internationalismus, der den ebenso matten weltbürgerlichen Ideen der Aufklärung zum Verwechseln ähnlich sah, ist die Linke von Anfang an genauso national gewesen wie die Rechte. Die angeblich vaterlandslosen Gesellen der Sozialdemokratie weinten vor Freude, als sie endlich zum patriotischen und kaisertreuen Massenmord in die Schützengräben des Ersten Weltkriegs ausschwärmen durften; und bekanntlich entpuppten sich die Kader der SPD als die besten Unteroffiziere vom Typ Himmelstoß. Kein Wunder, daß sich das deutschnationale Sentiment bis in die Spitzen des ›demokratischen Sozialismus‹ geradezu reflexartig reproduzierte, als 1989 das Brandenburger Tor wieder geöffnet wurde und für einen historischen Wimpernschlag jene gänzlich unangebrachte Euphorie aufkam, deren grölender Begleitgesang schon damals verräterisch war.

Der Marxismus-Leninismus als feindlicher Bruder der Sozialdemokratie ließ sich seinerseits niemals lumpen, wenn es um die Beschwörung von Nationalstolz und patriotischer *Opferbereitschaft* ging. Lenin kreierte nicht nur den *Sowjetpatriotismus*, sondern ließ auch gelegentlich die Liebe zu Allrussia hochleben, und die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt begriffen sich ganz selbstverständlich als *nationale*; süßliche Hymnen und Folterung Mißliebiger immer inclusive. Die Hofdichter sämtlicher linksradikaler und antiimperialistischer Regimes besangen die Schönheiten der heimatlichen Landschaft und die Heldentaten der jeweiligen Geschichtslegende in einem Stil, daß einem bei der Lektüre noch heute die Augen tränen. Das Nachklappern des marxistisch-leninistischen Patriotismus in der BRD war bereits in den Verfallsprozessen der antiautoritären Studentenbewegung zu hören, als z. B. die KPDML 1974 programmatisch in deutschen Domen, deutschem Wein und deutschem Sang schwelgte.

Der neue deutsche Staat mit ungetrübttem Nationalbewußtsein, in dem die preußischen Tugenden ohne falsche Scham hochgehalten werden, mußte nicht von den postmodernen Neopatrioten erfunden werden. Er hat in Gestalt der DDR vierzig Jahre lang auf brandenburgischem Sand und sächsischer Scholle vegetiert. Dieser Staat hielt nichts von Individualität und persönlichem Reichtum, sondern diktierte den Einzelnen Altruismus und nationalen Gemeinsinn, ganz wie es die neuen vaterländischen Gesänge im Westen ersehnen. Bei den Jungen Pionieren wurde jene zackige Orientierung an moralischen Sekundärwerten wie Pünktlichkeit, Höflichkeit und Treue geübt, die manch westlicher Sittenwächter so schmerzlich vermißt. Die Blutsfamilie und das muntere Kinderkriegen genossen ebenso wie die Leibeszucht weitaus größere staatliche Wertschätzung als in der von sexueller Libertinage moralisch aufgeweichten BRD, so daß die Ostdeutschen auch viel weniger

vom Aussterben bedroht waren. Im Gegensatz zur kosmopolitischen Westrepublik wurde im >anderen Teil Deutschlands< die alte Nationalkultur gepflegt und gehegt, Goethe geocht und Hölderlin getrimmt, während die zersetzende amerikanische Asphaltliteratur draußen bleiben mußte.

Diese patriotische Idylle hatte durchaus ihre materielle Grundlage, denn der Arbeiter- und Bauernstaat sorgte für absolute deutsche Vollbeschäftigung durch gnadenlosen Autarkismus, der außer Bananen so ziemlich alles im eigenen Ländle produzieren wollte. So gab es keinerlei Ausländerproblem, und andererseits wurden die Ostdeutschen auch nicht durch welsche Mittelmeersitten verdorben, weil sie unter fürsorglicher preußischer Sicherungsverwahrung standen. Kein Wunder, daß sich die Gerontokratie der DDR (auch das Alter wurde im Osten mehr geehrt) nicht für Auschwitz zuständig fühlte; die von westdeutschen Exlinken und Neorechten eingeklagte Begrädigung der deutschen Geschichte hatte in der sozialistischen Nationalrepublik längst stattgefunden.

Anscheinend ist also wieder einmal das falsche Schwein geschlachtet worden. Eigentlich hätte sich die BRD der DDR anschließen müssen, um endlich heimzukehren in den Schoß der bleichen Mutter Germania. Die wahre Inkarnation der Postmoderne muß östlich der Elbe stattgefunden haben. Und die Linke war immer schon daheim, sie brauchte sich gar nicht erst rechts und neokonservativ umzu- kleiden. Die Linke war immer schon rechts und die Rechte links; so mag es auch kaum überraschen, daß sich die Strategen der Neuen Rechten ihrerseits bei Lenin und Antonio Gramsci bedienen. Schade nur, daß die über immer neuen *Identitäten* brütende kritische Intelligentsia, die weder rechts noch links mehr sein wollte, sondern >vorn<, in Wirklichkeit bloß die Vorzeichen ausgetauscht hat. Denn peinlicher Weise hat sich die nationale Option praktisch irgendwie nicht so ganz bewährt. Aller postmodernen Beliebigkeit zum Trotz scheint es immer noch so etwas wie eine schnöde Realität zu geben, die keineswegs für alle Chancen und Möglichkeiten offen ist, sondern *Geschichte* hat.

3.

Wenn die Liebhaber des Nationalen auf ihre *Roots* begierig sind, müssen sie dicht unter der historischen Grasnarbe suchen. Tiefer reicht das Rhizom dieser Form von Gesellschaftlichkeit nämlich nicht. Die >Vaterländer< der Antike waren Kleinstädte, und politische Gefühle für Landschaften waren auch den Späteren unbekannt. Nicht territoriale Größen bestimmten das gesellschaftliche Selbstverständnis, sondern personale Loyalitäten, von den Ahnen bis zum Herrscherhaus. Der Versuch aber, einen

ethnischen Nationalstaat zu konstruieren, also archaisches Stammesbewußtsein und territoriales Staatsbewußtsein der Moderne zur Deckung zu bringen, ist nicht nur ein Widerspruch in sich, sondern gerade für Mitteleuropa ein schlechter Witz. Wollten die Deutschen sich nach der Gemeinsamkeit ihrer Vorfahren definieren, müßten sie schon auf Adam und Eva zurückgehen. So mancher Germanenverehrer könnte seinen Urvater eher bei der Reiterei des Hunnenkönigs Attila entdecken als unter den blonden Kriegeren des berühmtesten Cheruskerfürsten. Die territoriale Nation ist im Wesentlichen eine Erfindung des 19. Jahrhunderts, und die ideologischen Blutzutaten waren von Anfang an kontrafaktisch. Wirkliche Stämme gibt es schon lange keine mehr, und ebensogut könnten die Imaginatoren der Ethnizität das Totemtier wiederbeleben wollen.

Im Gegensatz zur altertümelnden Ethno-Mythologie ist die Nation ein Geschöpf des modernen Marktsystems, d. h. der Entfesselung von Geldwirtschaft und Konkurrenz, wie schon bei Friedrich List nachgelesen werden kann. Der abstrakte Raum des ökonomischen Prinzips, der als Bezugsrahmen für diese neuartige Produktionsweise nötig wurde, konkretisierte sich als territorialer Nationalstaat. Erst in diesem Zusammenhang bildeten sich Nationalkulturen und Nationalcharaktere aus. So jung die Nation aber auch ist, so überholt ist sie heute schon wieder. Die bekannte Beschleunigung aller gesellschaftlichen Prozesse macht auch vor den allgemeinen Bezugsgrößen des Handelns nicht halt. Wenn die Halbwertszeiten von Produkt- und Umschlagszyklen, von Moden und Philosophemen, von Sozialcharakteren und Baustilen immer kürzer werden, dann kann es auch kein tausendjähriges Reich des Nationalen geben. Das Geld und die Konkurrenz sind der Nation davongelaufen, und man muß schon ein postmoderner Wolkenschieber sein, um auch das Unvereinbare für vereinbar und eine gesellschaftliche Form ohne sozialökonomische Grundlage, d. h. ein ideologisches Luftschloß ohne weiteres für möglich zu halten.

Es ist schon merkwürdig. Dieselben Leute, die inzwischen das Marktsystem und damit die totale Geldwirtschaft zur (höchstens sozialökologisch noch ein wenig zu mildernden) Wirtschafts- und Weltvernunft schlechthin erklärt haben, wollen die Konsequenzen dieses Systems in aller Unschuld ignorieren und sich in historische Nischen flüchten. Der nationale Diskurs ist absurdes Theater, wenn seine Vertreter ihre Ersparnisse in Luxemburg anlegen und japanische Autos fahren, wenn sie keinen Faden deutsches Textil mehr am Leibe tragen und ihr Geld direkt oder indirekt durch Auslandsmärkte verdienen. Sogar neokonservative Traktate, in denen die nationale Arbeit beschworen wird, zielt nicht selten der kleingedruckte Vermerk ›Printed in Singapore‹. Und die rechtsradikalen Jugendlichen tragen US-Turnschuhe, essen griechisch, hören englische Punkmusik auf südkoreanischen Recordern, haben griechische Freundinnen, und die Baseballschläger, mit denen sie

argumentieren, stammen aus Taiwan. Dafür entsprechen ihre deutschen Grammatikkenntnisse ungefähr denjenigen eines tamilischen Asylbewerbers.

Das nationale Reich der Arbeit und der deutschen (wie jeder anderen) Nationalkultur hat genau so viel Zukunft wie die DDR. Die Nation gehört zur Stratifikation kapitalistischer Vergesellschaftung; sie hinterläßt wie alle Durchgangsstadien ihre Ablagerungen und Rudimente, ist aber als allgemeiner Bezugsrahmen nicht haltbar. Für die Gesellschaften ›nachholender Modernisierung‹ im globalen Osten und Süden wiederholte sich die westliche Nationalempphase des neunzehnten Jahrhunderts, und gerade dieser Sachverhalt kennzeichnet sie als historische Nachzügler, die keine postkapitalistische Alternative sein konnten. Daß durch die politischen Folgen des Zweiten Weltkriegs einige bereits kapitalistisch entwickelte Regionen wie die DDR oder die ČSSR dysfunktional in den Bannkreis der nachholenden Nationalisierung gezogen wurden, ist fast tragisch zu nennen. Der Zinnsoldaten-Stehschritt der NVA war die Bewegung des Stillstands. Den Übergang zur mikroelektronischen Revolution und zur globalen Vernetzung konnten die Dinosaurier der nationalbornierten Planstaaten mit ihren eher frühkapitalistischen Strukturen nicht mehr mitmachen.

Wenn die DDR auf dem rohen fordistischen Industriesystem und auf Preußens Gloria sitzengeblieben ist, dann symbolisiert dies den stagnativen und reaktionär gewordenen Charakter der alten sozialen und politischen Gegensätze, die noch in der ersten Jahrhunderthälfte ihre Bedeutung wie ihre Berechtigung hatten und auf den nationalen Konfliktraum bezogen waren. Die Identität von Linken und Rechten war die Gemeinsamkeit eines historischen Entwicklungsstandes und eines gesellschaftlichen Bezugssystems, die uns in den letzten bei den Jahrzehnten entrückt ist. Eben deshalb wird diese Identität jetzt erst sichtbar, während die ihr entsprechenden ideologischen Gegensätze verblassen und die alten Kampfgründe verhallen. Wie uns die Konfliktgründe von Apachen und Kommantschen, von Kreuzrittern und Sarazenen oder von kaiserlichen Katholiken und schwedischen Protestanten im Dreißigjährigen Krieg nicht mehr vom Hocker reißen, sogar kaum mehr nachvollziehbar sind, und wir nur noch das Gemeinsame an ihnen in Zeit, Struktur und Kostümierung wahrnehmen, so geraten nun die Parteiongen der alten ideologischen Kämpfe in den Status des Musealen. Das gilt aber für beide Seiten, für ›rechts‹ und ›links‹ gleichermaßen, und deshalb kann der bloße Mix der einstigen Gegensätze keine Bewältigungskraft für die Zukunft enthalten. Es scheint vielmehr so, als würden Rechte und Linke angesichts einer veränderten Welt, die sie selbst gegenstandslos gemacht hat, nur die Identität ihres gemeinsamen Bezugssystems heraufbeschwören, das einer unwiederbringlichen Vergangenheit angehört.

4.

Die Ablösung des sozialen oder neosozialistischen Diskurses der Siebziger durch den nationalen oder neopatriotischen Diskurs der Neunziger, der nach dem ungläubwürdigen und verkasperten Zwischenspiel der Achtziger aufkommt, verweist aber nicht nur auf eine bemüht kontrafaktische Geisteshaltung, sondern auf die Krise der vermeintlich siegreichen marktwirtschafts-demokratischen Wirklichkeit selbst. Die Globalisierung des Ökonomischen macht sich auf der ganzen Welt zum Henker des Sozialen. Alle glauben jetzt vorbehaltlos an das Geld, aber immer weniger können es verdienen. Das Sozialdumping aus Ostasien und Osteuropa zerstört ganze Industriesektoren im Westen; Billigzement und Billigstahl, Billigfleisch und Billigtextilien brechen über die Märkte herein. Umgekehrt setzt die erzwungene Marktöffnung auch im Süden und Osten ganze Bevölkerungen außer Kurs. Die merkantilistische Exportflut, mit der die Newcomer-, Reform- und Zusammenbruchökonomien die Welt überschwemmen, reicht nicht einmal dafür, ihre immer noch wachsende Verschuldung auf den internationalen Finanzmärkten zu bezahlen. Wider besseres Wissen wurden überall riesige Überkapazitäten der Automobilindustrie aufgebaut, immer nach dem Motto: untergehen werden die anderen. Selbst in Westeuropa hat ein wechselseitiger Abwertungswettlauf begonnen: alle wollen mit Hilfe niedriger Wechselkurse die Krise durch Exportüberschüsse nach außen abwälzen, während im Inneren der Sozialstaat demontiert wird und die ökologische Maske fällt.

Die seichten Machwerke über den ›sozialökologischen Umbau‹ und einen ›Kapitalismus mit menschlichem Antlitz‹ landen schon wieder auf den Stammtischen. In Wirklichkeit hat die siegreiche globale Marktwirtschaftsdemokratie alle sozialen und ökologischen Zerstörungsprozesse der Moderne gebündelt und ungeheuer beschleunigt. Autowahn und Konkurrenzwut, Betondenken und Naturvernichtung feiern Triumphe. ›Es gibt keine Alternative‹, kichert der Wahnsinn. Denn nach dem soeben die Marktbeziehung von VWL-Professoren und Exkommunisten, von Fußballstars und Tierschützern, von Mafiabossen und Dichturfürsten, vom Papst und von Benetton zur *natürlichen* Ordnung der Dinge erklärt worden ist, wissen die coolen Drübersteher und schnittigen Zwangshedonisten der 80er Jahre schon nicht mehr weiter. Die vermeintliche Rückkehr der Nation ist der billigste und zugleich letzte Versuch, die Krise der Marktwirtschaftsdemokratie auf ihrem eigenen Boden zu bewältigen, ohne eine Alternative über die Begriffe und Strukturen der Moderne hinaus entwickeln zu wollen.

Wie die Re-Imagination des Nationalen im Osten keine Aufarbeitung und Überwindung der stalinistischen Vergangenheit ist, sondern ihre Fortsetzung mit anderen Mitteln, so trifft sie dort auf die konservierten Strukturen fordistischer Vergangenheit, in denen sich eine vom Weltmarkt ausgemusterte Industriebevölkerung